



Ergänzende Angaben zur Ausgabenbewilligung

Datum RR-Sitzung: 12. Mai 2021
Direktion: Bau- und Verkehrsdirektion
Geschäftsnummer: 2019.BVE.14311
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Bern, Hodlerstrasse 7, Amthaus, Instandsetzung Fassaden, Erdbebensicherheit und Sanierung Haustechnik Verpflichtungskredit für die Ausführung

1. Gegenstand

Der beantragte Kredit dient zur Finanzierung der einmaligen Kosten von CHF 33 363 100 (Gesamtinvestitionskosten von CHF 34 803 100 abzüglich der bereits bewilligten Planungs- und Projektierungskosten von CHF 1 440 000) der Instandsetzung des Amthauses an der Hodlerstrasse 7. Die geplanten Arbeiten betreffen die energetische und technische Sanierung der Fassaden, inkl. der notwendigen Anpassungen im Bereich der Erdbebensicherheit, des Brandschutzes und der Haustechnik.

Im Kredit enthalten sind ebenfalls die Kosten für die temporäre Unterbringung des Regionalgerichts Bern-Mittelland (Strafabteilung), der Staatsanwaltschaft Region Bern-Mittelland, der Jugendanwaltschaft, der Staatsanwaltschaft für besondere Aufgaben und des kantonalen Zwangsmassnahmengerichts an der Kasernenstrasse 19 und 21 während der Bauzeit.

In den Gesamtkosten enthalten und mitbewilligt werden zudem die Ausgaben der Justiz von rund CHF 2 880 000 für die Betriebsprojektleitung, die betriebsspezifische Ausstattung, die nutzerspezifische Gebäudetechnik sowie die Umzugskosten sowie die befristeten zusätzlichen Ausgaben der SID für den Gefangenentransport im Umfang von CHF 2 240 000.

Der vorliegende Beschlussantrag ersetzt RRB 294/2021.

2. Bezeichnung Anlageklasse(n) und standardmässige Nutzungsdauer (Abschreibungsdauer)

Bezeichnung Anlageklasse	Betrag in CHF	Nutzungsdauer
Justiz und Polizei, Rohbau	6 500 000	80 Jahre
Justiz und Polizei, übriges Gebäude	17 440 000	25 Jahre
Einbauten in Fremdmietobjekte	3 355 000	23 Monate

3. Aufteilung werterhaltend/wertvermehrend

Total Investitionsausgaben	Davon wertvermehrend	Davon werterhaltend	Reserve in %
27 295 000	8 861 200	18 433 800	13%

Erläuterung zu den einzelnen Teilsummen

Mit dem vorliegenden Geschäft werden auch die Ausgaben der Justiz von rund CHF 2.88 Millionen für die Betriebsprojektleitung, betriebsspezifische Ausstattung, nutzerspezifische Gebäudetechnik gemäss Leistungs- und Budgetzuordnung (LBZ) und Umzugskosten bewilligt. Diese Ausgaben gehen zu Lasten der Justiz.

Ebenso werden die Ausgaben der SID für die Transporte, Bewachung und Betreuung der eingewiesenen Personen von rund CHF 2.24 Millionen mitbewilligt. Diese Ausgaben gehen zu Lasten der SID.

4. Bezug zur gesamtkantonalen Investitionsplanung

Investitionsausgaben pro Jahr

In Mio. CHF	Total	Vorjahre	2020	2021	2022	2023	2024	2025	Folgejahre
Gem. vorliegendem Beschluss	27,3	0,51	0,5	1	12,35	12,94			
Gem. gesamtkant. Investitionsplanung 19.08.2020	20,3	0,51	0,6	3,69	8,81	4,69			

Die JL hat zusätzlich CHF 0.514 Mio. für nutzerspezifische in ihrer eigenen Investitionsplanung eingesetzt.

Vgl. zu Abweichungen zwischen der gesamtkantonalen Investitionsplanung und der Ausgabenbewilligung die Erläuterungen im Vortrag unter Ziff. 4.3 und 4.6.

5. Erläuterung der Auswirkungen auf die Erfolgsrechnung

Jährlicher Abschreibungsaufwand (über die gesamte Nutzungsdauer)

Bezeichnung Anlageklasse	Betrag
Justiz und Polizei, Rohbau	81 250
Justiz und Polizei, übriges Gebäude	697 600
Einbauten in Fremdmietobjekte (pro Monat: 145 870)	1 750 435

Die zu ersetzenden Bauteile sind im 2018 vollständig abgeschrieben worden.

Folgekosten zu Lasten der Erfolgsrechnung als Folge der Investitionsausgabe

Beschreibung	Jahr	Betrag
Total in CHF		

6. Erläuterungen/Bemerkungen